

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Verlag: Bernh. Olze, Düsseldorf, Konfordstraße 7.
Druck und Versand Joh. van Riken, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65.
Fernruf: 4692

Schriftleitung: Düsseldorf, Konfordstraße Nr. 7. Fernruf Nr. 4423. Telegramme: Textilverband Düsseldorf.

Der Kampf um die Macht in den „freien“ Gewerkschaften.

Der im Juli dieses Jahres in Nürnberg stattgefundene Kongress der freien Gewerkschaften beschloß unter anderem eine parteipolitische Neutralitätserklärung. In Wirklichkeit sollte diese Neutralitätserklärung nur eine Fiktion gegenüber den drei sozialdemokratischen Richtungen darstellen. (Mehrheits-, Unabhängige Sozialdemokraten und Kommunisten.) Deshalb bringt die Erklärung auch in ihrem Schlußsatz zum Ausdruck, daß die Gewerkschaften zum Brennpunkt der Klassenbestrebungen des Proletariats werden müßten, „um den Kampf für den Sozialismus zum Sieg führen zu helfen.“

Daraus geht schon hervor, daß es nur eine Neutralitätserklärung gegenüber den verschiedenen sozialdemokratischen Richtungen, nicht aber gegenüber nichtsozialdemokratischen Arbeiterorganisationen und Parteien sein soll. Trotzdem hat diese Neutralitätserklärung, soweit sich bis jetzt überschauen läßt, ihren Zweck verfehlt. Seit Monaten tagbalgen sich die Anhänger der drei oben angeführten sozialistischen Parteienrichtungen in den freien Gewerkschaften um die Herrschaft in denselben. Nach der Parteipaltung ist der alte Gegensatz im sozialdemokratischen Lager nur umso stärker geworden. In diesem Kampf geht es aber nicht mehr nur um die von den Gewerkschaften etwa zu befolgenden Grundsätze, sondern es geht in erster Linie um die Eroberung der Macht, die in der Gewerkschaftsbewegung verkörpert ist. Und nach Gewinnung dieser großen gewerkschaftlichen Macht soll dieselbe vornehmlich oder gar ganz ausschließlich nur als parteipolitische Stütze in Betracht kommen.

Den aller schwersten Stand haben in diesem Kampf wohl unstreitig die Mehrheitssozialisten. Zwischen der Unabhängigen Sozialdemokratie und den Kommunisten besteht keine Übereinstimmung in diesem Kampf. Das ist verständlich. Die Unabhängigen hoffen, die freien Gewerkschaften von innen heraus für sich allein zu erobern, während die Kommunisten, die heute noch die geringere Zahl haben, diese Aussicht nicht hegen können. Ihre Parole ist daher: „Heraus aus den Gewerkschaften“, Bildung einer neuen gewerkschaftlichen Organisationsrichtung, die denn auch bereits gegründet worden ist. Für die „Arbeiterunion“, so nennt sich die neue gewerkschaftliche Richtung, wird von kommunistischer Seite lebhafteste Propaganda entfaltet.

Die Unabhängigen haben schon mit großem Erfolg die Eroberung der freien Gewerkschaften

in Angriff genommen. In zahlreichen Großstädten, und in diesen ruht der gewerkschaftliche Schwerpunkt, haben sie bereits die Macht an sich gerissen. Sie machen von dieser Macht rücksichtslossten und brutalsten Gebrauch. Sie erkennen klar ihr Ziel und fassen es am richtigen Ende an. Zunächst beseitigen sie die mehrheitssozialistischen Führer in den gewerkschaftlichen Ortsverwaltungen. Haben sie die Ortsverwaltungen erobert, können sie die Hand nach den Zentralleitungen ausstrecken. So haben unseres Erachtens die Mehrheitssozialisten den Zeitpunkt, wo sie ihre Macht noch hätten aufrecht erhalten können, bereits verpaßt. Die Vorgänge, die wir nächstehend schildern, bekräftigen uns in dieser Annahme.

Die letzte Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes hat sich mit einer Klarheit und Offenheit, die anerkennenswert zum Sozialismus schärfster Richtung bekannt. Die auf dem Verbandstag neu gewählten Mitglieder des Hauptvorstandes sind alle ohne Ausnahme Unabhängige vom reinsten Wasser. Die radikalere, unabhängige Richtung unter Führung des zweiten Verbandsvorsitzenden Säckel, beherrschte vollkommen die Verhandlungen des Verbandstages. Nach dieser Kraftprobe auf dem Verbandstage des Deutschen Textilarbeiterverbandes zu urteilen, ist dort bereits der Kampf zugunsten der Unabhängigen entschieden. Damit sich unsere Mitglieder ein Bild über die heutige Ver-

fassung der freien Gewerkschaften im allgemeinen machen können, lassen wir hier noch einige Berichte folgen.

Der „Vorwärts“ vom 26. Mai (Nr. 267) berichtet über eine Zusammenkunft von Mitgliedern des Buchbinderverbandes am 20. Mai:

„Sie hatte den Zweck, eine Aussprache über die gegenwärtigen Zustände im Verband, besonders die in der Berliner Jagdstraße unter jenen Kollegen herbeizuführen, die politisch auf dem Standpunkt der S. P. D. stehen. (S. P. D. steht: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, U. S. P. D.: Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands und K. P. D.: Kommunistische Partei Deutschlands. Die Schriftlich.) Die Erörterung parteipolitischer Fragen blieb völlig ausgeschlossen; nur die gegenwärtigen gewerkschaftlichen Vorgänge standen zur Diskussion.“

Die Versammlung war stark besucht, besonders von älteren Verbandsmitgliedern. Altemann kam zum Ausdruck, daß der jetzt zutage tretenden Unzulässigkeit der Kollegen der U. S. P. D. und K. P. D., die die gewerkschaftliche Einigkeit im Verbandsleben schädigen muß, durch rege aktive Beteiligung am Verbandsleben entgegengetreten werden soll. Die Anwesenden gelobten in diesem Sinne zu wirken.“

In Nr. 226 des „Vorwärts“ veröffentlichten die auf dem Boden der Mehrheitspartei stehenden Mitglieder des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes eine lange Erklärung, in der es an einer Stelle heißt:

„Erfürer möchten wir grundsätzlich, eine Spaltung ist allerdings das Bedauerlichste, was in einer gewerkschaftlichen Organisation passieren kann. Wenn aber die Anhänger der U. S. P. D. glauben, daß sie sich alles erlauben dürfen, wenn sie in höchst einseitiger Weise jeden zu unterdrücken suchen, der nicht ihrer politischen Auffassung ist, dann werden sie sich ganz gewaltig. Wir, die wir auf dem Boden der S. P. D. stehen, wollen gewiß keine Spaltung. Wenn aber der Zwang und der Terror so wie in den letzten Monaten weitergeht, ist die Gefahr der Zersplitterung groß. Die Verantwortung dafür, wenn sich das ein erheblicher Teil der Mitglieder des Verbandes auf die Dauer nicht gefallen läßt, haben aber die Mitglieder zu tragen, die glauben an Terror, Unzulässigkeit und Vergewaltigung sich alles leisten zu können.“

Besonders schlimm liegen die Verhältnisse in den Leipziger freien Gewerkschaften. Dort haben die Mitglieder des Bauarbeiterverbandes am 9. März beschlossen, daß nur noch Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei angestellt ihres Verbandes werden können. In der Mitgliederversammlung des Metallarbeiterverbandes erklärte der Kartellvorsitzende Schillig: auf den Kassiererposten besonders müsse ein Kollege kommen, von dem man die Sicherheit habe, daß er, wenn die Leipziger Mitglieder es wünschen, auf das Verbandsstatut pfeift und die vorhandenen Geister ihnen für jeden gewünschten Zweck ausstreckt. Die Mitglieder des Gemeindefreiarbeiterverbandes haben beschlossen, sich in einer Versammlung mit der politischen Stellung ihres Angestellten zu beschäftigen! Das Leipziger Gewerkschaftskartell hat endlich den Beschluß gefaßt, alle Beamten in den Kommissionen nur durch Mitglieder der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei zu besetzen. Auch bei der Neuwahl des Kartellvorstandes ist restlos nach diesem Grundsatz verfahren.

Die Bremer Metallarbeiter kündigten am 18. März ihren sämtlichen Beamten und bei der sofortigen Neuwahl wurden zwei Kommunisten und ein Unabhängiger gewählt. Die Metallarbeiter in Danzig haben am 20. März ihren Geschäftsführer Krahn gekündigt, weil er Mehrheitssozialist ist. Auch die Berliner Transportarbeiter haben drei ihrer mehrheitssozialistischen Angestellten entlassen und dann u. a. einen Unabhängigen zum Kassierer gewählt, trotzdem selbst Mitglieder dieser Partei davor warnten, diesen gerade zum Kassierer ungeeigneten Mann zu wählen. Die Stuttgarter Metallarbeiter kündigten ihren sämtlichen sieben Angestellten. Sie bekamen ihr Gehalt für ein Vierteljahr ausgezahlt und mußten sofort ihre Stellung verlassen.

Die „Soziale Praxis“, das führende Blatt der bürgerlichen Sozialpolitik, bringt in Nr. 34 eine Liste von mehrheitssozialistischen Beamten sozialdemokratischer Gewerkschaften, die wegen ihrer parteipolitischen Überzeugung von ihren unabhängigen und kommunistischen Mitgliedern entlassen wurden.

Diese standen zum Teil 12, 15, 17, 19, 21 und 23 Jahre im Dienst ihrer Organisation und waren zum Teil bis 60 Jahre alt. Sie hatten sich nichts zu schulden kommen lassen, nur weil sie nicht in das Horn der Unabhängigen und Kommunisten blasen wollten, wurden sie an die Luft gesetzt.

Einige Verbände, wie der Zentralverband der Handlungsgehilfen, stehen schon ganz unter unabhängigen-kommunistischen Einfluß. Alle anderen haben, einer nach dem anderen, unter der Unzulässigkeit der Radikalen zu leiden. In Düsseldorf hat die Bewegung auch die Gärtner ergriffen, und es haben sich „unabhängige“ Gärtner und Gartenarbeiter einer unabhängigen Arbeitergruppe angeschlossen.

Der Ausschluß des ehemaligen Stadtkommandanten von Berlin, Weiss, aus dem Tapeziererverband auf dessen Hauptversammlung, mit 22 gegen 19 Stimmen beweist, daß dort ebenfalls bereits

Der Kampf zugunsten der Unabhängigen entschieden

ist. Die größte deutsche Gewerkschaft, der sozialdemokratische Metallarbeiterverband, hat in der letzten Hälfte des Oktober in Stuttgart ihre Generalversammlung abgehalten. Wie vorauszusehen war, haben sich in derselben starke Veränderungen ergeben, weil die Unabhängigen in den Delegiertenwahlen die Mehrheit erhalten hatten. Auch diese Tagung hat sich in ihren wichtigsten Beschlüssen auf einen Boden gestellt, der nicht mehr der rein gewerkschaftlichen ist, den noch der vor einigen Monaten abgehaltene Nürnberger Gewerkschaftskongress gebilligt hat und von politischen Gesichtspunkten bestimmt ist. Die Mehrheitssozialisten, die bisher im Metallarbeiterverband noch die Mehrheit hatten, aber nun in die Opposition gedrängt sind, konnten das nicht verhindern.

Die Mehrheit dieser Generalversammlung hat sich gegen Arbeitsgemeinschaften

ausgesprochen, womit sie sich in Gegensatz zur obersten gewerkschaftlichen Instanz, zu dem Gewerkschaftsbund gesetzt hat, der in Nürnberg die Arbeitsgemeinschaften zu einem Zeitpunkt der gewerkschaftlichen Tätigkeit gemacht hat. Welche Folgen dieser Gegensatz haben könnte, hat die „Freiheit“, Organ der Unabhängigen, vor der Stuttgarter Tagung folgendermaßen gekennzeichnet:

„Der alte Vorstand wäre damit erledigt. Die Opposition müßte aus ihrer Mitte einen neuen Vorstand bilden. Dann bedeutete dieser Beschluß aber auch den Bruch mit dem Gewerkschaftsbund, der sich auf die Arbeitsgemeinschaften festgelegt hat. Der Metallarbeiterverband als stärkste Gewerkschaft muß, logischerweise, den Bund verlassen. Aber weiter würde dadurch auch die weitere Verantwortung der Arbeitsgemeinschaft zwischen Gewerkschaft und Unternehmerverbänden zerfallen, denn die Arbeitsgemeinschaft der Metallindustrie ist das stärkste Glied der Arbeitsgemeinschaften der deutschen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände. Das löste dann wieder um eine starke Erschütterung der Wirtschaftspolitik der jetzigen Regierung aus, die in ihren Wirtschaftsräten eine Anlehnung an die Arbeitsgemeinschaften sucht. Welche Konsequenzen sich noch weiter ergeben würden, läßt sich vorläufig noch gar nicht übersehen.“

Es ist in Stuttgart den radikal gerichteten Kreisen, die zu der unabhängigen Sozialdemokratie und den Kommunisten zählen, tatsächlich gelungen, den Deutschen Metallarbeiterverband mit ihren Bestrebungen zu durchsetzen. Es war ein Kampf um die Macht, der innerhalb des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Stuttgart zwischen den Unabhängigen der Unabhängigen und den Mehrheitssozialisten ausgefochten wurde. In welcher Form die Gegensätze ausgetragen wurden, darüber schrieb die sozialdemokratische „Rheinische Zeitung“ (Nr. 241 vom 23. Oktober 1919):

„Also, nicht die Meinungsverschiedenheit an sich ist das Niederdrückende dieses Kongresses, sondern das Wesenlose und Zerfahren seiner Debatte, das Standhalten der Mehrheitssozialisten und das gänzliche Verkennen der eigentlichen Aufgaben. Eine solche Verwirrung war nur möglich, weil die ganzen Verhandlungen von vornherein auf das Unzulässige eingestellt waren, weil der Streit parteipolitischer Richtungen so dominierte, daß das, was ihm erst seinen Inhalt geben kann, die Vertretung anerkannter Interessen und das Wohl der Arbeiterklasse, gänzlich im Hintergrunde verschwand. Die

Sozialdemokraten kein zu kriegen, der verhassten General-Kommission am Range zu sitzen, das war das einzige Ziel, hinter dem alle wirklichen Aufgaben und Räte der Zeit unter die Schwelle des Bewusstseins zu rücken. Es ist ein tragisches Schicksal, daß die Gewerkschaftsbewegung gerade in diesem Augenblicke, in dem die höchsten Aufgaben an sie herangetragen zu werden beginnen, durch zerrüttende Fickungskämpfe unterzugehen beginnt, daß man sich infolge dessen in lächerlicher Weise um unwesentliche Dinge herumdrückt, während für die höchsten Interessen der Arbeiterklasse eine entscheidende Stunde geschohen hat."

Die radikale Richtung, die jetzt im Metallarbeiterverband die Oberhand gewonnen hat und die dem gewerkschaftlichen Programm der Unabhängigen entspricht, fordert: 1. Ausschaltung der Bureaucratie, d. h. wirkliche Demokratie; 2. Anerkennung der Betriebsräte als Organe der Sozialisierung; 3. Abänderung des UnterstützungsweSENS zu besserer Heranbildung des Kampfscharakters; 4. Abgrenzung des Massenstreiks als eines politischen Kampfmittels. Die Ausschaltung der Bureaucratie, die hier gefordert wird, hat doch wohl keine andere Bedeutung als die, daß man an die Stelle der bisherigen Bureaucratie eine andere setzen möchte, die den Unabhängigen genehm wäre, denn ohne Bureaucratie überhaupt kann doch gar keine Gewerkschaft arbeiten. Tatsächlich sind ja auch auf der Tagung des Metallarbeiterverbandes alle Beamtenposten wieder besetzt worden, nur eben vorwiegend mit Unabhängigen.

Der bisherige Verbandsvorsitzende, Reichsarbeitsminister Schlöde, ist von seinem Posten nach 28-jähriger Tätigkeit zurückgetreten. Er hatte an die Generalversammlung ein Schreiben gerichtet, worin er unter anderem erklärt:

"Nachdem aber das Wort die Macht über die Tat errungen hat, muß ich als aufrichter Mann, der zu sein ich mich stets bemüht habe, mich von Euch trennen. . . Ihr steht vor schweren Aufgaben. Nur Eure Eingieit kann sie lösen. Wollt Ihr Euch Entschuldigungen ersparen, stellt Euch auf den Boden der Wirklichkeit. Laßt Euch nicht blenden durch Worte, schreiet nicht aus die Stimme der Erfolge, die in der Verbandsleitung verkörpert ist. Erschwert dieser nicht ihre Aufgabe. Beurteilt sie wie Euch selbst."

Schlöde hat tauben Ohren gepredigt. Die Mehrheit der Stuttgarter Generalversammlung hat sich trotzdem noch durch Worte blenden lassen und das Wort hat tatsächlich die Macht über die Tat errungen. Der Stuttgarter Verbandstag hat sich zum radikalen Sozialismus bekannt und nicht nur allein die Politik der Generalkommission, des Verbandsvorstandes und der Metallarbeiterzeitung auf das allerhöchste beurteilt, sondern auch als prinzipieller Anhänger des Klassenkampfes sich gegen Arbeitsgemeinschaft, Tarifgedanken und Demokratie erklärt.

So sieht die Arbeit der U. S. P. für die Arbeiter-schaft aus. Sie sind die Anhänger der Diktatur, und das, was sie auf politischem Gebiet bis jetzt machten, nämlich Terror, Handgranaten- und Revolverpolitik, oder eine Politik mit Hengabel und Maßschraubengewehr, dürfte sich aller Wahrscheinlichkeit nach auch auf dem gewerkschaftlichen Gebiet abspielen, wenn die U. S. P. in den "freien" Gewerkschaften auf der ganzen Linie den Sieg davontragen werden. So ist z. B. sehr bezeichnend, daß die radikale Mehrheit des Metallarbeiterverbandes u. a. beschlossen hat, von der Regierung sofortige Wiederaufnahme der Beziehungen zu Sowjetrußland zu fordern. Wilt Bezug hierauf schrieb die sozialdemokratische "Mehrweltzeitung" (Nr. 240 vom 22. Oktober): "Wahrheitsgemäß ist das die neueste Gewerkschafts-angelegenheit. Ist den neuen "geistigen" Führern des Metallarbeiterverbandes bekannt, daß dies ein Verstoß des Friedensvertrages wäre? Wünschen sie eine Wiederaufnahme des Krieges? Oder haben sie bloß wieder einmal eine alte liebe Revolution aus der Schublade geholt und sich weiter nichts dabei gedacht?"

So stehen die Dinge heute in der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung. Wenn diese Entwicklung wie bisher anhält, dann kann man mit Bestimmtheit annehmen, daß die Mehrheitssozialdemokraten auf gewerkschaftlichem Gebiet das Spiel verloren haben. Diese Ansicht auf Erfolg läßt es erklärlich erscheinen, warum die unabhängigen Sozialdemokraten gegen die von den Kommunisten betriebene Gewerkschaftszersplitterung sind. Sie hoffen, die freien Gewerkschaften zu erobern und alsdann für ihre Parteizwecke zu gebrauchen. Gelängt den Unabhängigen, dieses Ziel zu erreichen, und das scheint, wie die Dinge liegen, schon bald einzutreten, dann sind die Mehrheitssozialisten auf der ganzen Linie geschlagen.

Es ist kein erfreuliches Bild, das die deutsche Gewerkschaftsbewegung im Augenblick bietet. Man muß außer riesenhafte Mitgliederzahlen und nach innen Ohnmacht und im Engepaß sogar drohende Spaltung. Aber: "Das ist der Fluch der bösen Tat, daß sie fortwährend Böses muß gebären." Wer die Gewerkschaften zu parteipolitischen Zwecken mißbraucht, darf sich nicht wundern, wenn ihre Einheit davon zugrunde geht, so schrieb recht treffend mit Bezug auf die drohende Spaltung in den freien

Gewerkschaften, die "Baugewerkschaft", Nr. 38 vom 21. September.

Die hier geschilderten Vorgänge lassen auch wieder einmal klar und deutlich erkennen, wie durch die Verquickung von Gewerkschaft und Parteipolitik die Gewerkschaften und damit die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter auf das allerhöchste geschädigt werden. In unsern christlichen Gewerkschaften gibt es keine parteipolitischen Motive. Bei uns kümmern sich die Mitglieder nicht um die politische Stellung ihrer Führer und umgekehrt fragen die Führer auch die Mitglieder nicht nach ihrer parteipolitischen Betätigung. Sowohl unter den Mitgliedern als wie auch unter den führenden Kollegen unserer Gewerkschaften befinden sich Anhänger aller politischen Parteien. Trotzdem ist nie von einer Gruppe auch nur der Versuch einer Bergewaltigung gemacht worden. Die ganze geistige Verfassung unserer Mitglieder ist jeder Individualität abhold und nur darauf gerichtet, unter Ausschluß aller parteipolitischen Gesichtspunkte nur wirkliche praktische Standesarbeit zu treiben. Darin gehören alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die auf dem Standpunkte der Interessenvertretung unter Ausschluß aller parteipolitischen Fragen stehen.

hinein in die christlichen Gewerkschaften.

Ein deutsches Tarifarchiv.

Seit dem Abkommen vom 15. November 1918, in welchem die Zentralverbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinbart hatten, daß die Arbeitsbedingungen für alle Arbeiter und Arbeiterinnen entsprechend den Verhältnissen des betreffenden Gewerbes durch Kollektivvereinbarungen mit den Berufsvereinigungen der Arbeitnehmer festzusetzen und die Verhandlungen hierüber ohne Verzug aufzunehmen und schließlich zum Abschluß zu bringen seien, hat ein ungeheurer Aufschwung des Tarifvertragswesens eingesetzt, zumal nachdem durch Verordnung des Rates der Volksbeauftragten vom 23. Dezember 1918 einige der dringlichsten Fragen des Tarifvertragsrechts vorläufig geregelt worden waren. Sind es bislang im wesentlichen nur die handwerklichen Betriebe gewesen, in denen der Tarifvertrag zu Hause war, so überboten sich jetzt Handwerk und Großindustrie, Handel und Landwirtschaft, Arbeiter und Angestellte im Hinblick von Tarifverträgen. Immer weitere Kreise werden von Tarifverträgen erfaßt, immer zahlreicher werden die Gegenstände, über die in diesen Vereinbarungen Bestimmungen getroffen werden. Bei dem von Tag zu Tag wachsenden Umfang des Tarifvertragswesens ist es begreiflich, daß die Verträge untereinander oft größere Verschiedenheiten zeigen, als durch berufliche oder örtliche Besonderheiten gerechtfertigt erscheint. Im Interesse einer gesunden sozialen Entwicklung aber liegt es, wenn sich zwischen den Abmachungen der verschiedenen Betriebe soweit möglich ein Ausgleich vollzieht. Das gilt nicht nur für die Lohnsätze, sondern nicht weniger auch für den übrigen Inhalt der Tarifverträge, indem gute und erprobte Bestimmungen möglichst Allgemeingut aller Verträge, überholt und nicht bewährte Vereinbarungen aber nach Möglichkeit vermindert werden. Das ist nur möglich, wenn eine zentrale Stelle besteht, die möglichst sämtliche in Deutschland abgeschlossenen Tarifverträge sammelt und übersichtlich ordnet und den Beteiligten jederzeit die Einsichtnahme und Verwertung ihres Materials gestattet. Zwar besteht schon eine Reihe von Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in größerem oder geringerem Umfang mit der Sammlung von Tarifverträgen; so begründenswert eine solche Sammelanstalt auch ist, sie kann doch bestenfalls nur den Erfolg haben, daß die im Organisationsbereich der betreffenden Verbände abgeschlossenen Tarifverträge erfasst werden, eine zentrale Sammlung wird dadurch nicht überflüssig gemacht. Auch kann private, von Interessentenkreis anhängende Sammelanstalten niemals ein anständiges Archiv erreichen. Nur eine solche unparteiische Einrichtung wird auch das Maß von Vertrauen in allen sozialen Schichten genießen, das für ein geistliches Werk der Sammlung notwendig ist, vor allem, wenn es sich darum handelt, zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer und zur Herbeiführung von Tarifverträgen zu verlässliche Unterlagen zu liefern.

Als diesen Erwägungen heraus ist zu Beginn dieses Jahres bei dem Statistischen Reichsamt, Abteilung für Arbeiterstatistik, dem die jährliche Tarifstatistik obliegt und dem aus diesem Grunde schon bisher alljährlich die im Laufe des vorhergehenden Jahres abgeschlossenen Tarifverträge zuzugangen, ein Tarifarchiv entstanden, das sämtliche im Gebiete des Deutschen Reiches zustandekommenden Tarifverträge möglichst bald nach ihrem Abschluß zu erfassen und zu ordnen anstrebt. Dieses Archiv ist nicht zu verwechseln mit der Sammlung von allgemein verbindlichen Tarifverträgen, die sich dem Reichsarbeitsministerium als Zubehör des Tarifregisters befindet und nur einen kleinen Kreis der Tarifverträge umfaßt. Das beim Statistischen Reichsamt, Abteilung für Arbeiterstatistik, eingerichtete Archiv umfaßt hingegen nicht nur die allgemein verbindlichen, sondern auch die große Masse der übrigen Tarifverträge und enthält zurzeit bereits über 2500 in diesem Jahre abgeschlossene Verträge. Außerdem auf Vollständigkeit aber kann es nur machen, wenn es sich auf die Mitwirkung aller am Abschluß von Tarifverträgen beteiligten Parteien und Verbände setzen kann und diese ihm

Abschriften oder Abdrücke der von ihnen abgeschlossenen Verträge möglichst bald übermitteln. Die Erfahrung hat gezeigt, daß durch Pressemitteilungen, die zudem den Tatsachen oft vorauseilen, nur ein kleiner Teil der zustandekommenden Tarifverträge bekannt wird.

Es wird nicht verkannt, daß die Einsetzung der Verträge für die ohnehin stark in Anspruch genommenen Verbandsverbände eine Belastung darstellt; es steht aber zu hoffen, daß, wenn sich erst die Auffassung von der Bedeutung eines solchen Archivs bis in die kleinsten Ortsstellen hinein verbreitet hat, sich die jetzt nötigen zeitraubenden Rückfragen und Anforderungen der Zentralverbände an die Unterverbände erübrigen werden. Andererseits dürfte die Benutzung eines solchen der Allgemeinheit geöffneten Archivs, das besondere Verbandsarchive, wenn auch nicht überflüssig macht, so doch wirksam ergänzt, die Arbeit der Verbände auf dem Gebiete des Tarifvertragswesens wesentlich erleichtern und dadurch die mit der regelmäßigen Belieferung des Tarifarchivs verbundene Mehrarbeit reichlich aufwiegen. Nur dann, wenn alle mit dem Abschluß von Tarifverträgen befaßten Organe sich des hohen Wertes eines deutschen Tarifarchivs bewußt sind und diesem ihre Unterstützung leisten, kann es von wesentlichem Nutzen für die Weiterbildung des Tarifvertragswesens und die Befestigung des sozialen Friedens sein.

Soziale Krise im Stedlungsweesen in England.

Angeichts der großen sozialen Erschütterungen, denen England z. Zt. ausgesetzt ist, gilt es, nicht nur nach den augenblicklichen, sondern auch nach den tieferen Ursachen zu fragen, und da ist wohl sicher, daß eine der wichtigsten in den Grundbesitzverhältnissen, in der falschen und einseitigen Grundbesitzverteilung, in England liegt. Wohl in wenigen Ländern der Erde ist der ländliche Grundbesitz derartig in der Hand einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Großgrundbesitzern vereinigt und die große Masse des Volkes so von ihm ausgeschlossen, wie in England. Die Verhältnisse sind ja bekannt, aber es wird im gegenwärtigen Augenblick doch von Interesse sein, sich einige Tatsachen vor Augen zu halten, die Dr. Ernst Schulte soeben in einem Aufsatz im Septemberheft des Archivs für Innere Kolonisation (Berlin SW., Dessauerstraße 7) mitteilt. Danach stammt das englische Landbesitzsystem in seinen Grundzügen noch aus den Zeiten der normannischen Eroberung. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts nahm in England — gemeint ist hier wohl England im engeren Sinne, ohne Schottland und Irland — der Großgrundbesitz mehr als zwei Drittel der Gesamtfläche des Landes, also unvergleichlich viel mehr als in Deutschland, ein. Von dem Herzog von Sutherland, der freilich der größte Grundbesitzer in ganz Großbritannien ist, wird erzählt, daß er 80 Kilometer in grader Linie fahren könne, ohne seinen Besitz zu verlassen. Andererseits hat auch die Zahl der auf Farmen Bediensteten zwischen 1881 und 1911 von 136 000 auf 87 000 abgenommen, während gleichzeitig die Wirtschafter von 42 500 auf 59 000 sich vermehrten. Ebenso scheint es, daß sich bis zur Gegenwart dieses Vorwiegen des Großgrundbesitzers nicht verringert, sondern eher noch verstärkt hat. Auch die englischen Städte stehen bekanntlich großenteils auf Boden, der einzelnen Großgrundbesitzern gehört und fideikommissarisch gebunden ist, und aus diesem Besitz ziehen diese Grundbesitzer riesige Renten, so z. B. einer der größten Grundbesitzer in London, der Herzog von Westminster, etwa 57 Millionen Mark jährlich. Daß solche Verhältnisse in hohem Grade volks-schädlich und aufreizend wirken, liegt auf der Hand.

Natürlich haben sich schon seit geraumer Zeit Gegenbestrebungen gegen diese ungesunden Zustände geltend gemacht, und sie haben u. a. im Jahre 1907 zu einem besonderen Anstaltungsgezet geführt, das die Schaffung kleinen Grundbesitzes zum Ziele hatte. Jedes ist der Erfolg dieses Gesetzes, wenn auch in absoluten Zahlen nicht gering, so doch der Größe der Aufgabe gegenüber ganz verschwindend geblieben: Es sind in jenen Jahren etwa 17 000 Kleinfelder mit Land versehen worden, davon weitaus die meisten nur mit Pachtland. Aber es ist neuerdings und wohl besonders unter der Einwirkung der Erfahrungen des Krieges ein hartes Steigen in der Reformbewegung festzustellen, auch in konservativen Kreisen. Es ist auch für unsere Verhältnisse interessant, daß u. a. Lord Landsdowne betonte, daß sich der Judenzug nach den Städten nur durch den Besitz eines Stückes Land fernhalten lasse. Für eine Umwandlung der ländlichen Besitzverhältnisse in ganz großem Maße hat sich neuerdings auch Lloyd George eingesetzt. Er hat in öffentlicher Rede ausgeführt, es sei Platz für 400 000 neue Arbeitskräfte in der englischen Landwirtschaft. Es liegt aber auf der Hand, daß zur Verwirklichung dieses Planes eine ganz umfassende Agrarreform erforderlich sein würde. Auf alle Fälle steht die Kleinfeldungsfrage jetzt in England mit an erster Stelle auf der Tagesordnung. Die Frage ist aber, ob diese Bemühungen jetzt noch zeitig genug kommen, um eine große soziale Umwälzung in England zu verhindern. Diese Verhältnisse enthalten die denkbar ernste Mahnung für uns, auch bei uns der Kleinfeldungsfrage in Stadt wie Land die tatkräftigste Aufmerksamkeit zu widmen!

Neue soziale Auffrischungsmöglichkeiten.

Eine blühende Landwirtschaft ist das Fundament jedes gesunden Staatswesens. Wir haben deshalb ein vitales Interesse an dem Gedeihen unseres landwirtschaftlichen Berufsstandes, und zwar umso mehr, als ein zusammen-

dort gefassten Beschlüsse und die dadurch notwendig werdenden Reformen. Die anschließende Aussprache war sehr lebhaft und nahm längere Zeit in Anspruch...

Die anschließende Wahl einer Baukommission hatte folgendes Ergebnis: Es wurden gewählt, Maier Friedrich, Spielberg, Hug Johannes, Busenbach, Deger Joseph, Epenrot, Späth Karl, Langenstaubach, Leppe Karl, Eitlingen und Anderer Adolph, Reichenbach.

Inzwischen waren die Vertreter des Kartells der christlichen Gewerkschaften für Eitlingen und Umgebung ebenfalls zu der Tagung erschienen, um mit der Baukommission zur Lebensmittelversorgung Stellung zu nehmen.

In längerer Ausführungen gab Kollege Kiefer einen Überblick über den gegenwärtigen Stand der Versorgung in unserm Bezirk und über die Maßnahmen, die ergreifen werden sollen, um zu versuchen, den Winterbedarf, insbesondere an Kartoffeln und sonstigen Lebensmitteln sicherzustellen.

Die anschließende Aussprache war teilweise sehr erregt. Uebereinstimmend wurden die schärfsten Maßnahmen verlangt, um Wucher und Schleichhandel zu unterbinden und dem Schiebertum, diesem Krebsgeschwür unseres Wirtschaftslebens, das Handwerk zu legen.

Entscheidungen:

Die am 18. Oktober im Saal des „Ritter“ in Eitlingen veranstalteten Hauptversammlungen des Bundes Unterbahnen vom Zentralverband christlicher Textilarbeiter, sowie die Delegierten des Kartells der christlichen Gewerkschaften, für Eitlingen und Umgebung...

Die Beratungen haben ergeben, daß all die kleinen Mittel, die von den verantwortungsvollen Stellen zur Bekämpfung von Wucher und Schleichhandel zur Anwendung gebracht werden, nicht ausreichend sind...

Täglich müssen die Verkehrsbeamten mit ansehen, wie unter dem Schutze des Dienstgeheimnisses ungeheure Mengen von Lebensmitteln beschlupen und der darbenenden Bevölkerung vorenthalten werden...

Der Dienstfriede verpflichtet den Verkehrsbeamten, zum Wohle des Staates zu wirken. Sein Gewissen jagt ihm aber, daß es unverantwortlich ist, durch die Schweigepflicht ein struppelloses Schiebertum weiterhin zu unterstützen...

Mit großer Sorge sehen wir dem Winter entgegen. Besonders der unermüdete Kreise hat sich große Mühe bemüht, die zu schweren Befürchtungen Anlaß gibt.

1. Sofortige Schaffung eines Reichsgegesetzes, das den § 117 der Reichsverfassung in ange außer Kraft setzt, bis das Scheidewesen erdroffelt ist.

2. Gleichzeitige Schaffung eines Reichsgegesetzes, das die Schieber außer jeglichen Geldstrafen mit harten Freiheitsstrafen bedroht...

Die notwendige Bekämpfung aber fordern wir auf, mitzuwirken, bei der Bekämpfung des Schieber- und Wuchertums. Jede Lohn- und Gehaltserschöpfung ist verwerflich...

Berichte aus den Ortsgruppen.

Stimmenau. Am 10. Oktober wurde hier selbst die Ortsgruppe des christlichen Textilarbeiterverbandes gegründet. Dies scheint einem großen Teil der Anwohner nicht in den Arm geworfen zu haben. Die Kollegin Vera Lebel, die die Leitung dieser Ortsgruppe in die Hände genommen, hatte gleich unter dem größten Terror zu leiden.

W. Stabach. „Matt, Lulle, wie keine Seele, ist diese Dämmerzeit!“ Das kann man auch mit Recht...

des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes sagen. In zum Teil recht ruhiger und zum Teil demagogischer Weise lamentieren ein Wenig darüber, daß in den funktionellen Vereinen den sogenannten freien Gewerkschaften die Waage wenig gelistet wird.

Sach i. Bess. Ein herzliches Willkommen in unserm Verbande, so konnten wir vor längerer Zeit von unserer Ortsgruppe im Verbandsorgan lesen. Daß der Boden Frucht getragen, den wir beackert, bewies uns ere geistliche öffentliche Versammlung.

Vredn. Im Saal von Amerong fand am 14. Oktober eine vom christlichen Textilarbeiterverband einberufene Versammlung statt. Die Versammlung wurde vom Vorsitzenden, Kollegen Gerh. Beverborg eröffnet und geleitet und stellte den Mitgliedern den neuen Beamten des Verbandes für den hiesigen Ort, Kollege Dieter aus Hofst. vor.

Wanda. Unsere Ortsgruppe hielt am 5. Oktober eine Mitgliederversammlung ab. Die wurde vom Vorsitzenden, Kollegen Zimmermann, eröffnet.

Wipperfurth. Ein schöner Erfolg unserer Organisations! Die Stadtverordnetenversammlung in Wipperfurth vom 14. Juli d. J. befaßte sich mit der Anregung des Bürgermeisters, den erwerbsbeschränkten Textilarbeitern solange keine Unterbringung anzubieten, bis der Staat die bereits für diesen Zweck von der Stadt Wipperfurth angelegten Gelber zurück-erhalten werde.

Der Arbeiterschaft war es unübersehbar, daß die Stadtverordnetenversammlung ein solches, die Forderung der Arbeiter vertretenden und gegen die Reichsregierung verstoßenden Beschluß gefaßt hatten. Die hiesige Ortsgruppe nahm selbstverständlich gegen den beschriebenen Beschluß und ersuchte denselben durch das kraftvolle Unterstüpfen unserer Ortsgruppe...

Wipperfurth und über diese beim Regierungspräsidenten in Köln sowie beim Reichsarbeitsamt in Berlin geführt wurden, daß der Stadt Wipperfurth 11000 Mark der Gelber zurück-erstattet und der noch verbleibende Rest der ausgelegten Gelber durch den Regierungspräsidenten in Köln vom Staat angefordert wurde.

Am 26. September hat nun endlich die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, den erwerb-beschränkten Textilarbeitern die ihnen gesetzlich zustehende Unterstützung auszu-zahlen.

Besondere Bekanntmachungen.

Mitglieder! Wahr! Euch durch pünktliche Beitragszahlung Eure Rechte an dem Verband. Wer mit seinen Beiträgen sich im Rückstand befindet, hat seinen Anspruch auf Unterstützung verwirkt.

Im Interesse der Mitglieder machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungst- tage dieser Nummer der 46. Wochenbeitrag im Jahre 1919 für die Zeit vom 9. bis 15. No- vember 1919 fällig ist.

„Die christliche Arbeiterin im Berufs- und Wirtschaftsleben“

So ist eine Zeitung betitelt, die vom Arbeiterinnensekretariat des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften in Köln, Benloerwall 9, herausgegeben wird. Die Zeitschrift dürfte sich ganz besonders für alle Kolleginnen eignen, die in den Ortsgruppenvorständen, Arbeiterinnenkommissionen und an sonstiger verantwortlicher Stelle für unsere Bewegung tätig sind.

Der Verkauf von Verbandsmaterial.

Zeitungen, Marken usw., hat sich in der letzten Zeit infolge der darniederliegenden Verkehrs- und Transport- verhältnisse vielfach ganz erheblich verzögert. So sind vor allem die Pakete mit den neuen Marken un- verhältnismäßig lange unterwegs gewesen.

Briefkasten der Schriftleitung.

An Kollegen F. A.: Den Artikel „Etwas vom Terroris- mus“, im Organ des deutschen Textilarbeiterverbandes, Nr. 44 vom 31. Oktober 1919, hat bereits am 11. Oktober 1919 der sozialdemokratische „Volkswille“-Münster veröffentlicht. Nur so erklärt es sich, daß zu genau derselben Zeit, wo der „Textil- arbeiter“ diesen Artikel brachte, in unserer „Textilarbeiter- Zeitung“ (Nr. 44 vom 1. Nov. 1919) unter der Rubrik: „Was unserer Bewegung“ schon auf diese „Beweise“ des sozial- demokratischen Artikelstellers, die in Wirklichkeit aber gar keine Beweise sind, eingegangen werden konnte.

An Kollegen D. B.: Deine Zuschrift können wir in- folge großen Stoffandranges erst in einer der nächsten Nummern veröffentlichen.

Mitglieder, agiert für den Verband!

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Der Kampf um die Macht in den „freien“ Ge- werkschaften. — Ein deutsches Tarifgesetz. — Soziale Kritik im Siedlungsweesen in England. — Neue soziale Aufstiegsmöglichkeiten. — Allgemeine Rundschau: Unglaubliches vom Kampf gegen das Schiebertum. — Vom Geistes- und Köhlennot. — Wo bleiben die Kleider- und Weidwaren? — Die Gewissensfreiheit und die Unabhängigen. — Brutalität statt Freiheit durch sozialdemokratische Gewerkschaften. — Aus unserer Bewegung: Aus der internationalen Textil- industrie. — Ständige Textildörfen in Köln und Frankfurt a. M. — Bedeutende Steigerung des englischen Exportes in Baum- wollgarnen und Baumwollgeweben. — Die Lage des deutschen Beschäftigtenwesens. — Aus unserer Bewegung: Baukonferenz in Eitlingen. — Berichte aus den Ortsgruppen: Stimmenau. — W. Stabach. — Sach i. Bess. — Vredn. — Wanda. — Wipperfurth. — Besondere Bekanntmachungen. — Brief- kasten der Schriftleitung.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Gerh. Müller, Wipperfurth 66, Benloerwall 7.